

[Juli 25]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachgruppe Bund + Länder
Fachvorstand Steuer- und
Finanzverwaltung

INFORMATION

Aktuelle ver.di-Informationen aus der Bundesfinanzverwaltung

Neues aus dem Hauptpersonalrat beim BMF

Ergebnis des Lenkungsausschusses zum Vorhaben „Zoll 2030“

Bewertung der geplanten Umstrukturierung der Zollverwaltung durch ver.di

Die geplante Reform "Zoll 2030" ist eines der ambitioniertesten bisherigen Modernisierungsvorhaben der deutschen Zollverwaltung. Sie wird in den kommenden Jahren weitreichende Auswirkungen auf die Beschäftigten und auf die Funktionsweise des Zolls insgesamt haben.

Als Gewerkschaft, welche die Interessen der Beschäftigten im gesamten öffentlichen Dienst vertritt, hat ver.di die Zwischenergebnisse und Empfehlungen des Lenkungsausschusses einer gründlichen Analyse unterzogen. Im Folgenden benennt ver.di zentrale Herausforderungen und formuliert Forderungen an die politischen Entscheidungsträger*innen.

Die Zusammenlegung der Hauptzollämter mit der Zollfahndung zu einer Ortsebene war angekündigt, überrascht deshalb nicht mehr wirklich und kann nur gelingen, wenn Leitungspersonal in die Lage versetzt wird, die Beschäftigten beider Seiten professionell zusammenzuführen. Hier sind Zweifel angebracht.

An dieser Stelle wird sich zeigen, ob Worthülsen zum Thema Wertschätzung der Beschäftigten solche bleiben oder ob es den Verantwortlichen ernst damit ist.

Allerdings sind wir auch der festen Überzeugung, dass der neuen Mannschaft um Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) die Chance gegeben werden muss, schwerwiegende Fehler von BMF und Generalzolldirektion in der Aufstellung des Zolls aus vergangenen Legislaturperioden nicht zu wiederholen.

Der Vollzug wird gebündelt, die Zuständigkeiten in der GZD werden effizienter gestaltet (immerhin wird die direkte Leitungsebene durch den Wegfall der Direktionspräsident*innen merklich verkleinert) und die Zollfahndung wird mit den Hauptzollämtern zu einer Ortsbehörde vereint.

Ohne die Mitnahme der Beschäftigten funktioniert kein Plan auf Dauer gut. Deshalb gilt es zunächst und auch ohne Reform Frustpotential bei den Beschäftigten abzubauen. Und zwar durch konkretes Handeln. Jetzt!



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Impressum:

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Ressort 3, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
V.i.S.d.P.: Fachvorstand Steuer- und Finanzverwaltung

- Die unsäglich lange Bearbeitungsdauer von Beihilfe und Reisekosten muss zeitnah beendet werden.
- Dem Personalmangel, bedingt durch Altersstruktur und Frustkündigungen sowie hohen Ausfallraten durch Überlastung muss zwingend durch verstärkte externe Einstellungen entgegengetreten werden.
- Bauvorhaben in der Bundesfinanzverwaltung dauern von der Planung bis zur Fertigstellung fast immer zehn Jahre und mehr. Das muss beschleunigt werden.
- Die IT zur Abwicklung der Abfertigung durch ATLAS ist antiquiert, altersschwach und ist nicht, wie früheres Leitungspersonal immer behauptet hat, zeitgemäß. Nach europäischen Maßstäben ein Armutszeugnis! Die Abläufe zu „IT AKZ“, seit 2016 bis heute erfolglos in Planung, sollen als Beispiel für Versäumnisse in diesem Gesamtzusammenhang dienen.
- Die Aufstiegsregelungen für die Beamt*innen müssen reformiert werden. Die Einführung modernerer laufbahnrechtlicher Bestimmungen und eine erhebliche Erweiterung der Entwicklungsmöglichkeiten für die Kolleg*innen sind alternativlos.
- Die echte Förderung der Tarifbeschäftigten darf nicht weiter verzögert oder gar unterlassen werden. Rechtsirrtümliche Vorgaben über angeblich fast allumfassende hoheitliche Aufgaben mit Beamt*innenvorbehalt müssen dringend beseitigt werden.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Reform

- Arbeitsverdichtung und psychische Belastung

Bereits heute berichten viele Beschäftigte des Zolls von einer zunehmenden Arbeitsverdichtung, gestiegener Verantwortung und einer hohen psychischen Belastung. Die geplanten Reformen drohen diese Situation weiter zu verschärfen, wenn nicht gleichzeitig für eine echte Entlastung gesorgt wird. Neben einer realistischen Personalbemessung und schwungvollen Einstellungspolitik ist auch ein verstärkter Fokus auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz erforderlich.

- Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten

Die bisherige Einbindung der Personalvertretungen in die Reformprozesse bewertet ver.di als unzureichend. Insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Einführung neuer IT-Systeme, die Ausgestaltung der Personalentwicklung und die Umsetzung der Strukturreform müssen die Interessenvertretungen frühzeitig und substantiell beteiligt werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Reform nicht an den Bedürfnissen der Praxis vorbeigeht.



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

- Finanzielle und materielle Ressourcen

Die Umsetzung einer so umfassenden Reform wie Zoll 2030 erfordert erhebliche Investitionen in Technik, Infrastruktur und Personal. ver.di warnt davor, die Reform auf Kosten der Beschäftigten oder durch Einsparungen bei der Grundausstattung zu finanzieren. Eine nachhaltige Modernisierung ist nur dann möglich, wenn sie von Anfang an solide finanziert und die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Forderungen von ver.di

Angesichts der genannten Herausforderungen und offenen Fragen formuliert ver.di folgende zentrale Forderungen an die Verantwortlichen:

- Verbindliche Zusage, dass die geltenden Sozialstandards der Zollverwaltung eingehalten werden.
- Transparente Kommunikation sämtlicher Digitalisierungs- und Strukturmaßnahmen sowie deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Arbeitsinhalte.
- Umfassende und verbindliche Beteiligung der Personalvertretungen auf allen Ebenen in allen Reformschritten.
- Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung zur Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen und zur Sicherstellung des Gesundheitsschutzes.
- Ein realistisches Personalentwicklungskonzept nebst klaren Aufstiegsperspektiven, welches die demografische Entwicklung und den Wettbewerb um Fachkräfte berücksichtigt.

- Besetzung aller freien Stellen in der Zollverwaltung, die der Haushaltsgesetzgeber dem Zoll zubilligt.
- Externe Einstellungen in erheblichem Umfang. Die klassischen Ausbildungswege sind längst ausgeschöpft und trotzdem klaffen riesige Lücken in der Personalausstattung.
- Klar definierte Kompetenz- und Verantwortungsbereiche bei der Dezentralisierung von Aufgaben.
- Personell erhebliche Stärkung der Ortsebene.
- Bürokratieabbau.
- Priorisierung und transparente Diskussion über die zukünftigen Aufgabenfelder des Zolls, inklusive einer Aufgaben- und Ressourcenanalyse.

Fazit

Die Reform Zoll 2030 kann eine Chance für eine zukunftsfähige, leistungsstarke und bürger*innennahe Zollverwaltung sein – wenn sie sozialverträglich, transparent und unter konsequenter Einbeziehung der Beschäftigten gestaltet wird.

Aus Sicht von ver.di ist das derzeitige Ergebnis des Lenkungsausschusses ein erster Schritt, der jedoch erheblichen Nachbesserungsbedarf aufweist.



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Wir werden den Reformprozess weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten und die politischen Entscheidungsträger*innen auffordern, die Interessen und Anliegen der Beschäftigten in den Mittelpunkt der weiteren Beratungen zu stellen.

Nur durch eine enge Verzahnung von sozialer Verantwortung, Innovation und echter Mitbestimmung kann das Vertrauen der Beschäftigten erhalten und gestärkt werden. Entscheidend wird sein, dass die Veränderungsprozesse nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg beschlossen, sondern aktiv mit ihnen gestaltet werden. Dabei dürfen wirtschaftliche Effizienz und Modernisierung nicht zulasten von Arbeitsplatzsicherheit, Qualifikation und Gesundheitsschutz gehen.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob die politisch und administrativ Verantwortlichen bereit sind, die Vorschläge und Warnungen aus der Praxis ernst zu nehmen und in ein nachhaltiges Gesamtkonzept zu integrieren.

ver.di appelliert an alle Beteiligten, die Herausforderungen der Transformation gemeinsam anzugehen und so die Zukunftsfähigkeit des Zolls verantwortungsvoll zu sichern. Die Kollegen Stefan Adamski und Andreas Gallus werden als Sprecher von ver.di in der Bundesfinanzverwaltung intensive Gespräche mit der Leitung des BMF, der Generalzolldirektion und vor allem im politischen Raum führen, um unseren Ideen und Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Vorstellung der ver.di Kolleg*innen aus dem Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Finanzen bei Bundesminister Lars Klingbeil

Am Rande der Sitzung des Hauptpersonalrats konnte Kollege Stefan Adamski Minister Klingbeil die weiteren ver.di - Kolleg*innen aus dem Hauptpersonalrat, die allesamt dem ver.di Fachvorstand Steuer- und Finanzverwaltungen angehören, vorstellen.

Die regelmäßigen Gespräche zwischen ver.di und dem BMF werden fortgeführt und verstärkt.



Foto: ver.di



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Gespräch mit dem Leitungsstaatssekretär

Am Rande des Bundesparteitags der SPD kam es zu einem Gespräch zwischen Staatssekretär Björn Böhning, zuständig für die Leitungs- und die Zentralabteilung im Bundesministerium der Finanzen und Kollege Stefan Adamski, Sprecher des ver.di Fachvorstands Steuer- und Finanzverwaltungen zur Lage in der Bundesfinanzverwaltung.



Foto: ver.di

Gespräche mit den Abteilungsleitungen III und Z im Bundesministerium der Finanzen

Kollege Stefan Adamski kam mit dem Leiter der Zollabteilung, Bastian Fleig und der Leiterin der Zentralabteilung, Anne Schwenk, im BMF zu Arbeitsgesprächen zusammen.



Foto: ver.di

Dabei wurde u.a. über die Neuausrichtung der Zollverwaltung und der IT des Bundes, die Personalausstattung und die politische Lage gesprochen. Ferner wurde von Kollege Adamski die Notwendigkeit einer Evaluierung des Wachschutzes im BMF betont. Der dortige Personaleinsatz darf nicht zu Lasten des Ermittlungs- und Kontrollgeschehens gehen.

Mit beiden Ministerialdirektor*innen wurde eine regelmäßige Fortführung der Gespräche vereinbart.



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft